

Antrag Nr. 11-O-01-0030

DIE LINKE

Betreff:

Schulverweigerer in Wiesbaden

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Seit einiger Zeit mehren sich die Hinweise auf einen wachsenden Anteil schwänzender Schüler und Schülerinnen in der Landeshauptstadt. Sie weigern sich entweder auf Dauer, die Schule zu besuchen oder sind längere Zeit abwesend.

Wiesbaden nimmt unter den deutschen Großstädten einen vorderen Platz ein: Wieviel Prozent der Schülerinnen die Schulen schwänzen ist statistisch nicht feststellbar, da die städtischen Schulbehörden wohl keinen Sinn darin sehen diese zu erstellen. Eine wachsende Gruppe von Schülern läuft Gefahr, sich vom Schulbetrieb wegen erlebter häufiger Frustrationen auf Dauer fernzuhalten. Eine besondere Risikogruppe sind Hauptschüler in den höheren Jahrgängen und Berufsschüler im Berufsvorbereitungsjahr. Vor allem ein niedriger sozialer Status verbunden mit Migrationshintergrund begünstigt die Entwicklung von Schulmüdigkeit. Diese Schüler stehen vor dem Nichts, berufliche oder familiäre Planungen werden unmöglich.

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es keine wissenschaftlichen Studien.

Eine Koordinationsstelle für das mit Europageldern geförderte Programm „Schulverweigerung -Die zweite Chance“ hat die Stadt Wiesbaden bisher nicht eingerichtet oder will dieses nicht. Das Programm ermöglicht eine auf den Einzelfall abgestellte individuelle Betreuung.

Betroffene Kinder und Jugendliche brauchen beim Lernen individuelle Hilfe und eine verstärkte Förderung. Da Schulverweigerer oft in Stadtteileinrichtungen mit Freizeitangeboten anzutreffen sind, sind Sprechstunden und Anlaufstellen in den Jugendeinrichtungen notwendig.

Tatsächlich fehlt ein koordiniertes Vorgehen gegen Schulschwänzen in der Stadt. Bisher ist das Wiesbadener Schulamt keineswegs aktuell im Bilde darüber, wie sich die Lage in den einzelnen Ortsteilen und an den einzelnen Schulen entwickelt und welche Maßnahmen gegen „Schulabstinz“ wirken, die alle Experten als eine der Grundlagen für kriminelle Karrieren und Versagen beim Schulabschluss sehen.

Schulvermeidendes Verhalten hat kein einheitliches Muster; es sind vielmehr ganz individuelle Motive, warum Schülerinnen und Schüler nicht zur Schule gehen. Verschiedene Bedingungsfaktoren stehen im Zusammenhang mit dem Phänomen Schulabsentismus: Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund usw., ebenso werden auch schulische Einflüsse wie Schul- und Klassenklima, Lehrerverhalten, Eltern-Lehrer-Interaktion und Faktoren aus dem Primärmilieu: Einstellung der Eltern zu Schule und die jeweiligen Lebensverhältnisse von den Schülerinnen und Schülern wahrgenommen, erlebt und interpretiert. Diese individuellen Voraussetzungen haben einen erheblichen Einfluss auf die Qualität und Quantität der Schulvermeidung

FOLGENDE ÜBERLEGUNGEN SIND ZU ÜBERDENKEN

1. Die Stadt richtet in ihren Jugendeinrichtungen Kontaktstellen für Schulverweigerer ein. Zur Finanzierung werden unter anderem die wegen Schulverweigerung verhängten Bußgelder herangezogen.
2. Die Stadt richtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt - unter Aufsicht von Schulpsychologen-eine Koordinationsstelle für das mit Europageldern geförderte Programm „Schulverweigerung - Die zweite Chance“ ein.

Antrag Nr. 11-O-01-0030
DIE LINKE

Der Magistrat, wird gebeten zu berichten inwieweit er das von Europagelder geförderte Programm-Projekt „Schulverweigerer - DIE ZWEITE CHANCE“ in Wiesbaden umsetzen kann.

Wiesbaden, 20.09.2011